Nr. 486
A 246
Morgen-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 15. Oktober 1930
V

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigner Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm Zeile 35 Pfennig. Familien Anzeigen mm Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur i. V.: Julius Elbau. Verantw. f. d. ges. Inh. (auß. Handelsl.) i. V.: F.W. von Oertzen. Berlin. Für Rücksend. unverl. Manuskr. ist Porto beizufügen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Löbe wird Präsident

Heute Kampfwahl im Reichstag

Wir haben im deutschen Parlament nicht allzuviel Traditionen. Eine davon ist das ungeschriebene Uebereinkommen, daß der Präsident des Hauses aus der stärksten Fraktion genommen wird. Jetzt soll auch diese Tradition dem „Sinn der Reichstagswahlen", wie ihn die extreme Rechte auslegt, zum Opfer fallen. Das Amt, das im besten Sinn ein Ehren und Vertrauensamt ist, soll politisiert, der Mann, der es seit Jahren ehrlich und unparteiisch ausübt, dem Parteifanatismus geopfert werden. So will es die Volkspartei.

Sie hat, geschmeichelt und beim „bürgerlichen" Ehrenpunkt gefaßt, gestern beschlossen, die von den Nationalsozialisten vorgeschlagene Kandidatur ihres Führers Dr. Scholz gegen Paul Löbe aufrechtzuerhalten. Für die Tradition treten, trotz des sogenannten „anti-marxistischen" Wahlausgangs, außer den Sozialdemokraten das Zentrum, die Bayerische Volkspartei, die Christlich-Sozialen, der Bauernbund und die Staatspartei ein. Das ergibt, falls die Kommunisten, wie anzunehmen, sich der Stimme beim zweiten Wahlgang, der Stichwahl zwischen Löbe und Scholz, enthalten, **für Paul Löbe eine allerdings kleine Majorität.**

Vielleicht wird die heutige Sitzung aber auch in dieser Beziehung noch eine Ueberraschung bringen. Die Nationalsozialisten haben nämlich, ganz konsequent, den „Sinn der Wahlen", wie sie ihn auffassen, dahingehend festgelegt, daß ein Sozialdemokrat überhaupt nicht im Präsidium des Reichstags vertreten sein darf, und wollen die Volkspartei dazu verpflichten, auch für den Posten des ersten Vizepräsidenten ihre Stimmen einem Sozialdemokraten nicht zu geben. Das hat sogar bei der Volkspartei Bedenken ausgelöst, und so ist es möglich, daß die Weigerung der Scholz-Fraktion auf diese Bedingungen der Hitler-Fraktion einzugehen, die Taktik der Nationalsozialisten gegenüber ihrer eigenen Scholz-Kandidatur wieder ändern läßt. Die Nationalsozialisten sind eben strenge Partner und fühlen sich in der „anti-marxistischen Front" durchaus als Führer und Befehlsgeber.

Viel hängt auch von der Stellungnahme der Wirtschaftspartei ab. Sie hat sich zur Frage der Präsidentenwahl noch nicht definitiv geäußert. Dafür hat sie sich gestern in einer vielstündigen Fraktionssitzung mit dem Entschluß ihres Parteimitglieds Prof. Dr. Bredt beschäftigt, der trotz des ausdrücklichen und offiziell ausgesprochenen Wunsches der Partei auf Vorstellungen Hindenburgs hin das Reichsjustizministerium beibehält. Es hat in der Fraktion eine heftige Auseinandersetzung gegeben, da mehrere Mitglieder sehr energisch den Ausschluß Bredts aus der Fraktion verlangten. Damit sind sie allerdings nicht durchgedrungen, aber die gestern spätnachmittag von der Fraktion ausgegebene Mitteilung über das Resultat der Sitzung enthält doch eine indirekte Rüge für den Minister und eine erneute Mißtrauenserklärung für das Kabinett.

Das Fraktions-Communiqué teilt mit, daß die Fraktion von der Ablehnung des Rücktrittsgesuchs des Ministers durch den Reichspräsidenten und dem Ersuchen, als Minister ohne parteipolitische Bindung im Kabinett zu verbleiben, „Kenntnis nimmt", und daß sie nach wie vor an ihrer Forderung der Umbildung des Kabinetts im Sinne ihres Schreibens an den Reichskanzler vom Montag festhält. Es wird außerdem ausdrücklich betont, daß die Wirtschaftspartei „sich nunmehr der Reichsregierung gegenüber völlig freie Hand" vorbehält.

*

Der Reichspräsident hatte am Dienstag eine längere Unterredung mit dem preußischen Ministerpräsidenten Braun.

Gefängnisanträge gegen Schaufensterstürmer

Als im Prozeß gegen die nationalsozialistischen Demonstranten um ¾11 Uhr abends sich Staatsanwaltschaftsrat Fischer zu seinem Plaidoyer erhebt, ist der Zuschauerraum dicht gefüllt. Der Staatsanwalt beantragt gegen die siebzehn Angeklagten Strafen von 8 Monaten bis 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis.

In der Begründung führte der Staatsanwaltsschaftsrat Fischer aus, der vorliegende Fall zeige klar, daß die Elemente, die in keiner Weise von dem Ernst der jetzigen Zeit überzeugt seien, sich nicht scheuten, zu randalieren, und das grade an dem Tag der Reichstagseröffnung.

Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Staatsanwaltschaftsrat Fischer, daß hier in keinem Falle Milde walten dürfe. Jeder Fall müsse so abgeurteilt werden, wie er sich rechtlich darstelle. **Das einzige Mittel um diesen Ausschreitungen entgegenzutreten, die in immer steigendem Maße die Oeffentlichkeit beunruhigten, wäre mit aller Schärfe anzupacken, damit endlich einmal die Beteiligten sähen, wie gefährlich solche Unternehmungen für sie werden könnten.**

Lord Thompsons Nachfolger

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

***London**, 14. Oktober*

Premierminister MacDonald hat an Stelle des bei der Katastrophe des Luftschiffs „R 101" ums Leben gekommenen Lord Thompson den langjährigen Präsidenten des Industrie-Schiedsgerichts, Lord Amulree, zum Minister für Luftschiffahrt ernannt.

Spanische Studenten verbrennen ein Königsporträt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

***Madrid**, 14. Oktober*

In den Räumen der Universität von Barcelona kam es heute zu wilden Tumultszenen. **Studenten sprengten die großen Türen zur Aula, drangen gewaltsam ein und rissen das große Porträt des Königs über dem Podium von der Wand, das sie erst in kleine Stücke zerfetzten und später verbrannten.** Als der Rektor der Universität eingreifen wollte, wurde er von den Studenten ausgepfiffen. Nachdem die Polizei einige Luftschüsse abgegeben hatte und das Gebäude geräumt wurde, wurde die Universität auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Auch in Granada kommt es fast täglich zu Lärmszenen in den Universität, da die Studenten die Vorlesungen eines diktaturfreundlichen Professors durch Randalieren unmöglich machen wollen.

Gewerkschaftsring für Regierung

Der Vorstand des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände begrüßt in einer Entschließung den Willen der Reichsregierung durch ein Gesundungsprogramm die wirtschaftlichen und sozialen Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes und damit auch die Grundlagen des deutschen Staates sicherzustellen.

„Noch mehr als vorgesehen", heißt es in der Entschließung, „muß der Kampf gegen die Arbeitslosennot im Vordergrund aller Maßnahmen stehen. Das Arbeitszeitproblem kann in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Dazu gehört fernerhin nach Ansicht des Gewerkschaftsringes vornehmlich die Stärkung des inländischen Marktes. Es wäre verhängnisvoll, zu versuchen, durch irgendwelche Operationen die reale Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger auch nur vorübergehend zu schwächen. **Der Gewerkschaftsring wird infolgedessen von der Reichsregierung fordern, daß nichts unterbleibt, um alle jene Auswüchse in der Preisbildung zu bekämpfen, die auf den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung zurückzuführen sind. Unter keinen Umständen würde der Gewerkschaftsring irgendwelchen Maßnahmen zustimmen können, die die Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger weiterhin herabsehen würden."**

Das nationalsozialistische Rätsel

Die folgenden Ausführungen gehen uns von einer Persönlichkeit des Wirtschaftslebens zu, die parteipolitisch rechts steht:

Gibt es ein Programm, das die leitenden Ziele der nationalsozialistischen Bewegung enthält? Fragt man die Wähler der NSDAP., so sagen die einen „ja", die andern „nein"; die meisten wissen es nicht.

Die meisten wußten es nicht am 14. September 1930 und wissen es heute noch nicht. Zu diesen gehörte ich selbst bis zum Wahltage. Mitreißend schien der Gedanke, den die NSDAP. verkündete:

Des Deutschen Reiches Wiedergeburt, die Wiedergewinnung von innerer Kraft und Einigkeit, um auch gegen äußere Feinde zu bestehen, ist nicht auf der Basis der heutigen Parteibildung möglich. Die Parteien sind durch den marxistischen Klassenkampf angesteckt, ineinander verrannt und verhetzt, daß eine gemeinsame Willensbildung ausgeschlossen ist. Selbst innerhalb der Parteien sind gemeinsame Beschlüsse nicht zu erreichen. Sie bestehen aus Flügeln und Gruppen, die vertreten die Landwirtschaft, die Schwerindustrie, die Fertigwareindustrie, die Banken, den Handel, die Handwerker, die Ladenbesitzer, die Beamten, die Angestellten, die Arbeiter, die Rentner. Wie sollen diese Parteien in sich einen einheitlichen Willen bilden können, wenn bei jedem Entschluß der Vertreter geschädigter Interessentengruppen (und mindestens eine gibt es immer) aufsteht und Protest erhebt, weil bei Verwirklichung des Entschlusses die hinter ihm stehenden Wählermassen von der Partei abspringen würden. Kein einheitlicher Wille beim Ganzen, keiner bei den Teilen (Parteien), das kann keine Hilfe in schwerster Not bringen. Die Lage zwingt förmlich dazu, um nicht in Kompromissen zu ersticken, den Reichstag nur aus zwei Parteien der idealistischen und der materialistischen Weltanschauung zu organisieren und alle Wirtschaftsfragen einem Wirtschaftsparlament zu überlassen. Der einigende Gesichtspunkt soll eben zu allererst der sein, daß das ganze Volk, daß wir alle, alle zunächst einmal Deutsche sind. Nicht Partei, nicht Klasse, nicht Beruf, Deutscher bist du zuerst, und das erkenne! In Form einer Bewegung, die diesen Gedanken wachsen läßt, dem Namen nach nur als Partei, will die NSDAP. die Einigung der Deutschen nach einer alle beseelenden Idee erzielen.

So hörten wir es und mußten zustimmen, auch wenn wir, abgeschreckt von dem rüden Benehmen einzelner Parteimitglieder, nicht grade NSDAP.-Wähler wurden. Nach der Wahl, nach dem Wunder der 107, begann die Frage brennender zu werden. Wo ist das Programm? Druckschriften wurden beschafft. Ihre erste Durchsicht schon ergab eine Unmöglichkeit. Dieser in vielem widersprechende und unklare Inhalt, diese zum Stimmenfang wahllos aus den verschiedensten Geisteswirkungen herausgerissenen Thesen sollten eine leuchtende Richtschnur für 6½ Millionen denkender Deutscher sein? Unmöglich.

Da fragte man die Wähler der NSDAP. Nicht, die nichts wußten, waren bemerkenswert. Denn sie hatten sich lediglich an jenem Grundgedanken berauscht und um nichts anderes gekümmert. Aber die andern, die da sagten „ja" und die da sagten „nein".

Die Reinsager gehörten zu den geistig Gebildeten der bürgerlichen Schichten. Sie wußten von der Existenz eines Programms, hatten es auch gelesen, — lehnten es aber ab. Sie erklärten den Nationalsozialismus als eine Bewegung, die noch kein festes Ideen- und Prinzipiengebäude besitze. Aber ein echter Kern ruhe in ihr: nationales Wollen und Empfinden. Es sei nicht angebracht, diese im Fluß befindliche Bewegung allein an allen möglichen und unmöglichen Programmpunkten messen zu wollen. Die Wähler wüßten nichts von einzelnen Forderungen, die in höchst widersprechender Weise einige Köpfe des Nationalismus aufstellen. In der Wahlbewegung komme kein fertiges Programm, sondern ein Notschrei des Volkes zum Ausdruck.

Von diesen Schichten wird also anerkannt, daß es ein Programm gibt, das Hitler in München — im Jahre 1920 war es wohl — aufgestellt hat. Der Inhalt aber wird als unmöglich beiseite geschoben. Es war also wohl nicht das Verdienst Hitlers und seines Programms, das die Bewegung hochtrieb. Es war die Not der Zeit, die diese geistig geschulten Wähler seltsamerweise einer Partei zutrieb, deren Programm sie ablehnten. Sie ignorieren das Programm, es besteht für sie nicht, sie wollen die endgültigen Ziele sich noch herauskristallisieren lassen.